



CHE - Die bildungspolitische KONTERREVOLUTION

Das CHE und sein Aufbau

Das CHE ist eine gemeinnützige, private GmbH und entstammt einer Kooperation von der durch den „Bertelsmann- Konzern“ gegründeten „Bertelsmann-Stiftung“ und der Hochschulrektorenkonferenz. Der Form nach wird das CHE durch die „Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz“ vertreten. So steht zunächst einmal fest, dass das CHE einer Verbindung zwischen öffentlicher, also hoheitlicher und privater Initiative entspringt, die auch heute noch in einem engen praktischen Verbund stehen. Um dies zu verdeutlichen, soll im folgenden anhand der Organisationsstruktur auf die personelle Verknüpfung zwischen Staat und Privatwirtschaft im CHE eingegangen werden.

Die Leitung des CHE hat Prof. Dr. Detlef Müller- Böling inne, der ehemals Hochschullehrer für Betriebswirtschaftslehre (BWL) und Rektor an der Universität Dortmund gewesen ist. Dieser ist durch den damaligen Bundesbildungsminister Rüttgers an den Runden Tisch zum Hochschulrahmengesetz berufen worden. Außerdem bestehen gute Kontakte zum ehemaligen Bundespräsidenten Herzog, der durch den „Initiativkreis Bildung“ durch das CHE entwickelten Impulsen ein Forum zur „Erneuerung des Bildungswesens“

Wössner an, der Vorsitzende des Vorstandes der „Bertelsmann-Stiftung“, und neun Universitätsprofessoren. Diese haben ihrerseits zum Teil Verbindung mit der Welt der Hochfinanz (Prof. Dr. Utho Creusen, Vorstand OBI AG/ Geschäftsführer OBI- Systemzentrale) oder bekleiden ein politisches Amt, hier sind die zwei Wissenschaftsminister aus Sachsen (Prof. Dr. Hans Joachim Meyer) und Rheinland- Pfalz (Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner) zu nennen. Auch der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Klaus Landfried, ist im Beirat vertreten.

Zielsetzung des CHE

Zunächst 1977 unter dem Grundsatz angetreten „Eigentum verpflichtet zur Verantwortung für die Gesellschaft“ gründete Reinhard Mohn als Chef der „Bertelsmann-AG“ die „Bertelsmann- Stiftung“ und wurde in Personalunion auch der Vorsitzende dieser Stiftung (in beiden Funktionen ist Mohn somit Vorgänger von dem oben erwähnten Mark Wössner). Vielleicht nicht unbeeinflusst durch Steuergesetzänderungen gab es 1993 unter Mohn entscheidende Strukturänderungen, die in ihrer Folge die Gründung des CHE 1994 beeinflussten.

Seine Zielsetzung war es, die Entwicklung von Konzepten und Modellen für eine leistungsorientierte und wettbewerbliche Steuerung von Hochschulen voranzutreiben. Dabei sollte besonders auch der Förderung der Akzeptanz dieser Ziele ein hoher Stellenwert eingeräumt werden (besonders durch Symposien/ Gesprächsforen/ Workshops).

Die fünf definierten Arbeitsbereiche beziehen sich auf die:

- Leitbildvision
- Organisationsstruktur
- Leistungstransparenz
- Wirtschaftlichkeit
- Rahmenbedingungen

Unter diesen Aspekten konzentrieren sich die Aktivitäten des CHE vor allem auf die Themen Hochschulzugang und Beitrag der Studierenden zur Finanzierung des Hochschulsystems in Form von Kostenbeteiligung. Auch sollen, zwecks Transparenz, die Entscheidungskompetenzen auf wenige Verantwortliche (Dekan/ Präsident) konzentriert werden. Wesentlicher Bestandteil der Forderungen des CHE, deutlich auch am Beispiel der vorgeschlagenen BAföG-Reform zu sehen, sind leistungsorientierte Prinzipien.

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anachistischer Theorie und Praxis dar.

bietet. Auch auf Länderebene ist dem Leiter des CHE Präsenz garantiert, denn er ist in zahlreichen Gremien auf Länderebene vertreten.

Interessant ist auch der Beirat des CHE, der aus zehn Vertretern besteht. Seine Aufgaben bestehen aus der Mitentwicklung von Zielvereinbarungen sowie der Evaluation der Arbeit des CHE. Ihm gehört auch Mark

Die Verflechtung des Bertelsmann-Konzerns und die damit verbundenen Konsequenzen für die Hochschulpolitik des CHE

Um die Maßnahmen und Ziele des CHE überhaupt bewerten zu können, muss man mindestens ebenso wie die Strukturen des CHE seinen Ursprungsort, nämlich den Bertelsmann-Konzern mit seiner Bertelsmann-AG und der Bertelsmannstiftung betrachten.

Lenken wir unser Augenmerk zunächst auf die konzernbezogenen Strukturen, in welche das CHE eingebunden ist.

Der Bertelsmann-Konzern selbst lässt sich unterteilen in die Bertelsmann-AG und die 1977 unter dem Motto „Eigentum verpflichtet zur Verantwortung gegenüber der Gesellschaft“ gegründete Bertelsmann-Stiftung, welche seit einer großen Umstrukturierungsmaßnahme aus dem Jahre 1993 mit 68,8 % des Grundkapitals mehr als zwei Drittel der Konzern-Anteile hält. Der Initiator dieser finanziellen Transaktion, Reinhard Mohn, Vorsitzender der Bertelsmannstiftung, verband mit der Strukturveränderung des riesigen Konzerns den Beginn der Förderung nicht mehr nur einzelner Projekte wie bisher, sondern flächendeckender Initiativen und Reformen mit gesamtgesellschaftlichen und politischen Wirkungen.

Die Bertelsmann-AG und die Bertelsmann-Stiftung haben gemeinsam nicht nur im nationalen Rahmen, sondern gerade auch im Ausland sehr große Umsätze erzielt: Die Umsätze betragen in den Jahren 1996 und 1997 jeweils weit mehr als 20 Milliarden Mark, 1996 wurde ein Gesamtgewinn von einer Milliarde DM erwirtschaftet. Bertelsmann vereinigt in sich weit über 300 Unternehmen mit fast 65 000 Mitarbeitern in 53 Ländern der Erde.

Um eine solch gewaltige Firma in ihrer Struktur zumindest ansatzweise skizzieren zu können, bediene ich mich der Vorstellung der vier Hauptbereiche, die sich Bertelsmann dank zahlreicher Fusionen mit anderen großen wie kleinen Firmen im Medienbereich aufgebaut hat:

Der bekannteste Bereich in Verbindung mit dem Namen Bertelsmann ist mit Sicherheit der der Buchclubs. Weltweit sind mehr als 25 Millionen Menschen Mitglieder in den Bertelsmann-Buchclubs. Ebenfalls in diesen Bereich fallen die zu Bertelsmann zählenden Verlage. Im Oktober 1998 kam es hier zu größeren Fusionen bei den Übernahmen des Springer-Wissenschaftsverlages und des Kosmos-Verlagshaus.

Als zweite Hauptgruppe des Konzerns ist hier der weltweite Handel auf dem TV-, Film- und Tonträgermarkt zu nennen. Bertelsmann hält 22 Fernseh- und Rundfunksender, darunter RTL, RTL2, VOX und Premiere, welches Bertelsmann auch mit der Kirch-Gruppe verknüpft. Bertelsmann ist im werbefinanzierten Fernsehen klarer Marktführer in ganz Europa. Im Bereich der Tonträger gehören etwa 200 Labels in über 50 Ländern, unter anderem auch Großlabels wie Ariola, zum Mediengiganten Bertelsmann.

Zur „Produktlinie Gruner+Jahr“, der dritte Teilbereich der Bertelsmann-Aktivitäten, gehören 75 Zeitschriften und zehn Zeitungen, wie zum Beispiel Stern, Geo, Berliner Zeitung.

Der jüngste Bereich ist der Multimedia-Bereich, in dessen Rahmen Bertelsmann bereits die wichtigen Internet-Online-Dienste AOL und CompuServe aufgekauft hat und ausdrücklich Expansionsabsichten erklärt hat. Der Konzern ist nach Aussage Thomas Middelhoffs „inzwischen das aktivste Medienunternehmen im Internet.“

Aufgrund dieser skizzierten weltweiten Verflechtung des Bertelsmann-Konzerns ist es folglich nicht mehr möglich, ein einziges umfassendes Schaubild zu diesem Thema anzufertigen.

Dieses riesige Medienunternehmen, welches keinerlei Anzeichen erkennen lässt, von einer weiteren Konzentration privaten Kapitals mittels Fusionen mit anderen Unternehmen abzusehen, beziehungsweise ausschließlich an der Maximierung seiner Umsätze und Gewinne interessiert ist, versucht nun im Hochschulbereich mittels des CHE eigene –auch inhaltliche– marktwirtschaftlich orientierte Vorstellungen durchzusetzen und weitgehenden Einfluss auf hochschulstrukturelle Institutionen auszuüben.

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) mit seinem Zentralsitz in Gütersloh auf dem Konzerngelände Bertelsmann wurde 1994 von der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), also einer Versammlung zur Repräsentation hoheitlicher Bildungseinrichtungen, gegründet.

Obwohl das CHE von einer öffentlichen Institution – nämlich der HRK – mitinitiiert worden ist, ist es rechtlich gesehen ein rein privates Unternehmen zu „gemeinnützigen Zwecken“, wie es sich selbst tituliert, welches ausschließlich dem Bertelsmann-Konzern verantwortlich sowie finanziell und in seinem Wirkungsgrad von ihm abhängig ist.

Doch was sind denn genau die Aufgaben des CHE, wofür tritt es ein?

Da das CHE in oben genannter Weise so stark von der Bertelsmann-Stiftung abhängig ist, liegt der Schluss nahe, das CHE verfolge vom Konzern festgelegte Interessen und vorgegebene Ziele. Nach Bennhold stimmt das CHE in seinen inhaltlichen Forderungen mit wichtigen deutschen, öffentlichen Institutionen überein: mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, mit dem Deutschen Industrie- und Handelstages, mit dem Bundesverband der deutschen Industrie und mit dem Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels.

Die Konzern-Verbindungen erleichtern die Öffentlichkeitsarbeit des CHE durch zahlreiche wichtige Nachrichtenmagazine und Zeitungen in den Reihen des Mediengiganten. Auch über Versammlungen und Kongresse, die häufig mit Abschlusserklärungen enden und über die Initiierung von modellhaften Projekten an Hochschulen, beispielsweise das StEP-Programm hier in Münster, oder der Versuch, verschiedene Universitätshaushalte global zu steuern und zu verwalten, versucht das CHE an deutschen Hochschulen Einfluss zu gewinnen und bei den inhaltlichen Prozessen und auch Stellenbesetzungen Entscheidungskompetenzen zu erlangen. Dies unterstützt zudem auch nicht zuletzt die enge Verbindung zur HRK.

Das CHE tritt offen für Hochschuleingangsprüfungen, Studiengebühren, Evaluationen, um den Leistungsdruck auf die Lernenden und Lehrenden weiter zu verstärken und eine kapitalistischere und marktwirtschaftlich orientierte Elite in den Hochschule zu bilden.

Das CHE verwendet zur Durchsetzung seiner Ziele ausschließlich beschönigende Begriffe, um keinen öffentlichen Widerstand gegen seine Maßnahmen zu provozieren: Studiengebühren werden von Seiten des CHE „Kostenbeteiligung der Studierenden“ und als „Investition in die eigene Person“ genannt, auch Begriffe wie „Autonomie“ und „neue Formen der Partizipation“ verschleiern die wahren Hintergründe einer schrittweisen

Hochschulreform, die demokratische Elemente in der Hochschulpolitik durch das systematische Aufladen privater Bereiche mit öffentlichen Aufgaben (s. HRK, Verbindungen zum Bundespräsidenten, Projekt der globalen Steuerung von Hochschulen in Niedersachsen) nach und nach völlig ausschalten will, um ein – auch thematische – Ausrichtung der Hochschulen auf die totale Marktwirtschaft zu erreichen.

In dieses Bestreben des CHE passen keine oppositionellen Positionen, auch von studentischer Seite aus, nicht. Sobald allgemein-politische Interessen vorhanden und auch hochschulinterne Strukturen hinterfragt und beleuchtet werden, bedeutet dies fast zwangsläufig eine Gefahr der Einschränkung für das Kapital, verursacht durch den Willen zur Mitbestimmung. Der CHE-Vorsitzende Müller-Böhling artikuliert die Ziele des CHE 1998 in einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen: Er trete für die Bekämpfung einer „undifferenzierten Demokratisierung der Hochschulen“ ein.

DAS STRUKTURENTWICKLUNGSPROJEKT PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT/ CHE (StEP) AN DER UNIVERSITÄT MÜNSTER

Aus der Zusammenarbeit des CHE und der philosophischen Fakultät der Universität Münster im Zuge der Neueinteilung der Fachbereiche entstand das Strukturentwicklungsprojekt Philosophische Fakultät/ CHE, kurz: „StEP“. Mit Unterstützung und Beratung des Centrums für Hochschulentwicklung sollten dabei grundlegende Probleme aufgegriffen und bearbeitet werden sowie eine Strukturverbesserung und Profilbildung vorgenommen werden. Das genannte Projekt umfaßt dabei fünf Kampagnen (Verbesserungen im Bereich der Lehre, Datenverarbeitung, Koordination und Planung, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung in Forschung, Lehre und Organisation durch Evaluationen.

In meinen Ausführungen möchte ich mich auf die Vorstellung der Kampagnen vier und fünf konzentrieren, also der Öffentlichkeitsarbeit mit Herstellung einer Corporate Identity (CI) und der Evaluationen.

Ein ansteigender Rechtfertigungsdruck bezüglich der Leistungsfähigkeit der Hochschule verlangt von dieser öffentliche Rechenschaft über den Umgang mit Haushaltsmitteln. Dazu sind nach Meinung des CHE kommunikative Maßnahmen nötig. Den Rahmen für die Entwicklung eines CI- und Public Relations-Konzept zur positiven Selbstdarstellung und Imageprofilierung der Phil. Fak. bilden dabei die Empfehlungen der HRK zur Öffentlichkeitsarbeit der Hochschulen. Primärer Bestandteil der Neustrukturierung ist demnach ein für alle Einrichtungen der Fakultät gültiges Erscheinungsbild. Um das Erscheinungsbild nach innen wie nach außen zu verbessern, wurde zunächst eine Analyse des Ist-Zustandes vorgenommen. Die dabei erschlossenen Aspekte wurden zum Leitbild einer neuen Philosophie der Fakultät, dem Soll-Zustand, zusammengefaßt, die der Aufhebung der Mißstände dienen soll. Unter anderem gehören dazu folgende Zustände:

- viele Studenten betreiben das Studium nicht gewissenhaft genug, sind teilweise orientierungslos und kümmern sich zu wenig um Praxiserfahrung
- viele Studienangebote sind nicht mehr zeitgemäß



- Universitäten werden immer noch geführt wie Behörden und nicht wie moderne Service-Betriebe
- die Wirtschaft fordert zunehmend interdisziplinäres Wissen, vernetztes Denken, Teamfähigkeit und andere Schlüsselqualifikationen
- das Zerrbild des weltfremden Professors trifft am ehesten auf den Professor der Geisteswissenschaften zu
- die Phil. Fak. wird als überholt und unzeitgemäß angesehen

Schon die Analyse zeigt, welche Probleme diskutiert und aufgehoben werden sollen. Eine stärkere Konzentration auf die Interessen der Wirtschaft wird ebenso gefordert wie eine höhere Leistungsabhängigkeit von Lehre und Lehrenden. Über die Empfehlungen der HRK nimmt das CHE somit beim StEP Einfluß und plazierte seine Vorstellung von der Reform der Hochschulen. Dieses tritt auch in der neu formulierten Philosophie der Phil. Fak. zum Vorschein, die ein *offensiveres Verhalten als bisher anstrebt: Optimalere Wissensvermittlung, angemessene Ausstattung, offene Kommunikation, stetige Personalentwicklung sowie engere Abstimmung mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.* Ziel ist die Neupositionierung der Philosophischen Fakultät als zukunftssträchtige, innovative Ausbildungsstätte mit hoher gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Relevanz in bezug auf qualifizierten Nachwuchs.

In Kampagne 5 bedienten sich die Leiter des StEP-Programms der Erfahrungen des CHE mit Evaluationsverfahren. Der Evaluationen, wie sie in den Fachbereichen der Phil. Fak. ausgeführt werden liegt dabei angeblich kein Kontrollprinzip zugrunde, Ziel sei vielmehr die Motivation, kontinuierlich über Qualität in Forschung, Lehre und Organisation nachzudenken. Freiwilligkeit und Selbstbestimmung der Fächer sollen nach wie vor oberste

Priorität haben. Inwieweit die Daten auch dem CHE zugänglich gemacht werden, das so wiederum seine Schlüsse für die Gesamtheit der Hochschulen daraus ziehen könnte, ist dabei nicht geklärt.

Im Rahmen der Kampagne 5 wird darauf verwiesen, welche Erfolge die Evaluationen mit sich bringen. So wird der in der Anglistik eingeführte Placementtest erwähnt. Teilnehmer mit schlechten Ergebnissen könnten eher einsehen, ob das Studium für sie noch geeignet ist. Die Studienabbrecherquote würde sich verringern. Mit der Einführung interner Evaluationen legen die Fachbereiche Grundlagen für vielleicht später einzuführende leistungsbezogene Evaluationen, das CHE dirigiert durch Vorgaben und Beratungen die Entwicklung in die erwünschte Richtung. In einer Umfrage unter den Studierenden findet die Evaluation der Lehrenden durch Studierende großen Zuspruch. Die Gründe lägen dabei in der nur mäßigen Zufriedenheit mit didaktischen Fähigkeiten und Engagement der Lehrenden und der Betreuung durch diese. Die Forderung nach Evaluation geht darüber hinaus einher mit dem Wunsch nach einer leistungsgerechten Bezahlung der Lehrenden.

Die „AUTONOMIE“ der Hochschule

Als die Schöpfer des Grundgesetzes der Wissenschaftsfreiheit innerhalb des Grundrechtskatalogs eine wichtige Position einräumten (Art. 5, Abs. 3), taten sie das unter dem unmittelbaren Eindruck des Nationalsozialismus. Wissenschaft sollte so weit wie möglich vor Fremdbestimmung geschützt werden, nachdem das Hitlerregime gezeigt hatte, welche katastrophalen Auswirkungen eine einseitige Einflussnahme auf Forschung und Lehre haben konnte. Aus demokratischen Prinzipien heraus sollten Hochschulen also vor staatlichen Eingriffen geschützt werden und im Gegenzug eine gesellschaftliche Funktion erfüllen: Hochschulen wirken „an der Erhaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates mit und tragen zur Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Wertentscheidung bei“ (§3, Abs.1, Universitätsgesetz NRW). Um diese Funktion erfüllen zu können, muss die wissenschaftliche Arbeit ohne Einflussnahme von außen stattfinden, was jedoch wiederum nur geschehen kann, wenn die Finanzierung der Hochschulen nicht mit den Interessen Dritter verbunden ist.

Genau dies ist jedoch der Fall, wenn das CHE mehr „Autonomie“ für die Wissenschaft fordert. Damit tritt es nämlich nicht etwa für eine Demokratisierung der Hochschulen ein, sondern für neue, nämlich privatisierte Formen der Hochschulfinanzierung, mit allen Folgen auch inhaltlicher Abhängigkeit. Der Staat soll sich aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen und die Hochschulen sollen selbstständig Drittmittel einwerben.

Die Bertelsmann-Stiftung wurde bei ihrer Gründung unter das Motto „Eigentum verpflichtet“ gestellt, unter jenes Prinzip, unter welches das Grundgesetz seine Eigentumsgarantie in Artikel 14 stellt. Diese Sozialpflichtigkeit, einst als „Einschränkung der konsequenten Privatnützigkeit in der Zielsetzung des Umgangs und des Einsatzes des Kapitals“ formuliert, wurde 1983 im Grundgesetz-Kommentar recht radikal umgedeutet, und zwar mit dem Ergebnis, Sozialpflichtigkeit als Einmischung in die Politik mit dem Ziel einer „privatnützigen Mitgestaltung der Sozialordnung“ zu betrachten. Dies hat seine Entsprechung in der Politik, wenn z.B. steuerlich begünstigte Konzerne Funktionen wahrnehmen, die einst der öffentlichen Hand vorbehalten waren, wie dies jetzt bei der Bertelsmann-Stiftung bzw. dem CHE der Fall ist. Die geforderte „Autonomie“ der Hochschulen ist also lediglich ein Versuch, gesellschaftliche Funktionen des Staates zu übernehmen und ohne demokratische Kontrolle die eigenen, privatnützigen Interessen durchzusetzen. Eine demokratische Hochschule mit Kontrollinstanzen, Mitspracherechten und Einspruchsmöglichkeiten ist für eine auf marktwirtschaftliche Anforderungen ausgerichtete Universität aber nicht effizient genug, weshalb ein solches Konzept auch die Hierarchisierung von Entscheidungsstrukturen und die Einschränkung der Mitspracherechte der Studierenden mit sich brächte.

Auch die Forderung nach Studiengebühren, welche vom CHE als Investition in die eigene Person propagiert werden, wird erhoben. Da Studiengebühren gar nicht in der Lage sind, die Finanzierungslücke in der Versorgung der Hochschulen zu schließen, erst recht nicht, wenn sie „sozialverträglich“ gestaffelt sind, muss man sie wohl eher als soziale und ideologische Selektion verstehen: nur noch solche Mentalitäten werden geduldet und gefördert, die sich hauptsächlich an Marktgesetzmäßigkeiten orientieren.

Das Bildungsmarkt ist eine
Bedeutung der EU, die
Abkommen um die
Bildung und die
Gegenpartnern sich jeden
von 20 bis 22 Uhr im
Balken, Dhwg 64 413 Münster
E-Mail: hsyn@ang.niz
<http://ang.hs-munster>

